



Entwicklungszusammenarbeit Österreich

Nachhaltige Entwicklung

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der österreichischen Außenpolitik sowie der Entwicklungspolitik der Europäischen Union, die gemeinsam mit anderen Ländern eine nachhaltige Entwicklung anstrebt.

- Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) ist für die Ausrichtung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) zuständig und entwickelt deren Strategien und Programme.
- Die Austrian Development Agency (ADA) ist verantwortlich für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte in den Partnerländern der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Im Jahr 2016 stand dafür ein Jahresbudget von 77 Mio. Euro zur Verfügung.
- In Dreijahresprogrammen werden jeweils die aktuellen Prioritäten festgelegt, die mit den Zielsetzungen der EU, der Vereinten Nationen und der OECD abgestimmt sind.

Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungspolitik

Im Rahmen des Dreijahresprogramms der Österreichischen Entwicklungspolitik 2016 - 2018 liegt das Hauptaugenmerk auf der nachhaltigen Entwicklung. Im Vordergrund stehen:

- Förderung der Menschenrechte, Demokratie & Sicherheit
- Stärkung einer inklusiven und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung
- Erhalt einer lebenswerten Umwelt

Die Umsetzung

- Partnerschaft und Eigenverantwortung
- Gemeinsam für eine kohärente Politik im Dienste von Entwicklung agieren
- Wirksamkeit, Ergebnisorientiertheit, Effizienz und Transparenz steigern

=> www.entwicklung.at

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ADA - Austrian Development Agency
1010 Wien, Zelinkagasse 2
Tel. +43 (0)1 90399 - 0
E-Mail: office@ada.gv.at

Schwerpunktländer

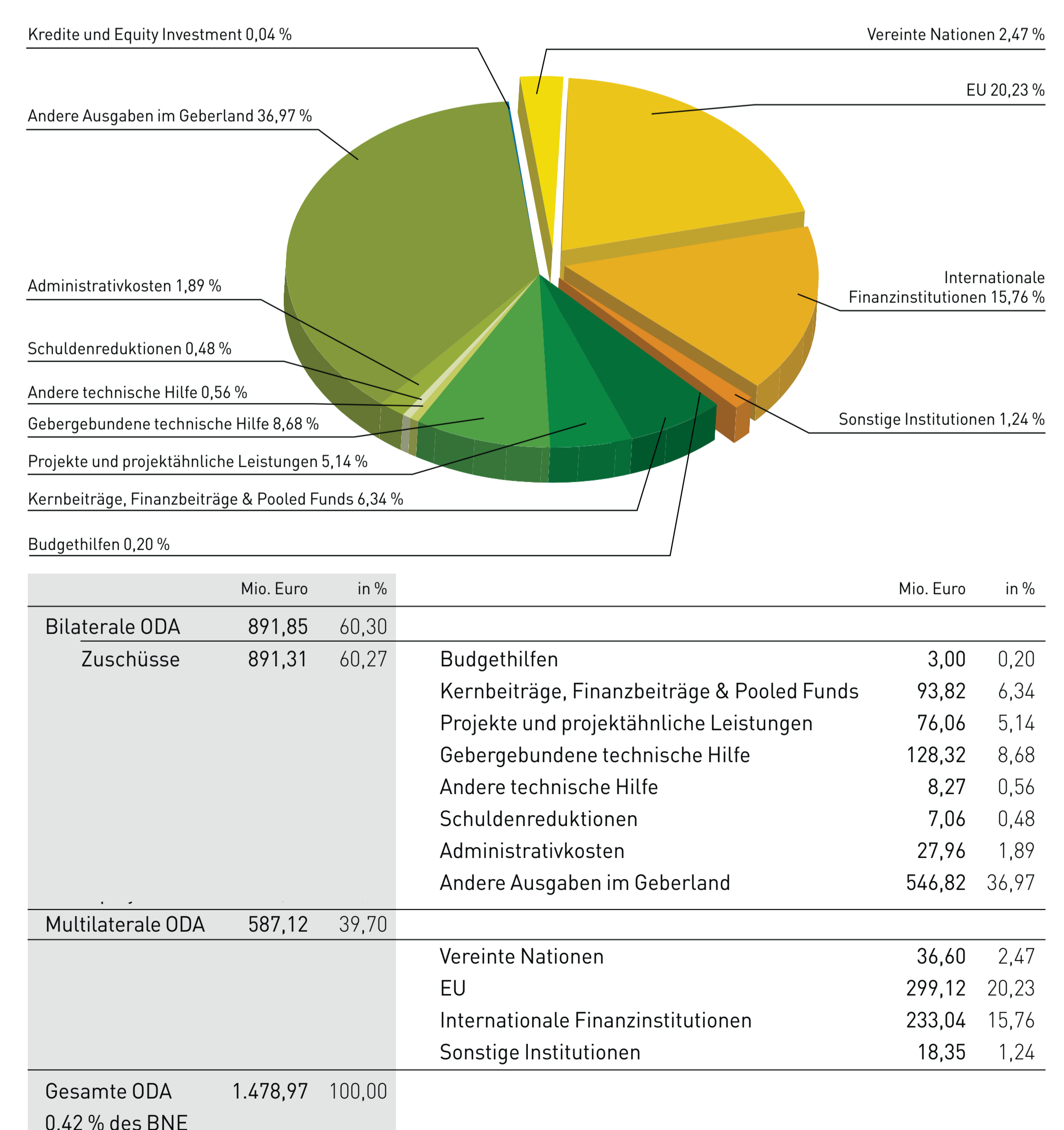
- Donauraum/Westbalkan: Albanien, Kosovo
- Schwarzmeerraum: Moldau, Armenien, Georgien
- Besetzte Palästinensische Gebiete
- Westafrika und Sahel: Burkina Faso
- Ostafrika und Horn von Afrika: Uganda, Äthiopien
- Südliches Afrika: Mosambik
- Himalaya-Hindukusch: Bhutan
- Karibik

Zahlen und Fakten

- 2017 wurden von Österreich (Bund, Länder, Gemeinden) insgesamt 1.09 Millionen Euro an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen aufgebracht.
- Dies entspricht rund 0,30 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE).
- Österreichs ODA-Quote entspricht Platz 12 aller Mitgliedsstaaten des OECD-Entwicklungskomitees (DAC).

*) ODA = Official Development Assistance | DAC = Development Assistance Committee

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Ausgaben 2016



Das Land
Steiermark



Entwicklungszusammenarbeit Steiermark

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Land Steiermark unterstützt seit 1981 steirische Projekte und Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit. Der Landtag Steiermark hat dafür erstmals im Jahr 1981 einen eigenen Budgetansatz mit einer Million Schilling (nun ca. 72.000 Euro) eingerichtet. Jahr für Jahr wurde dieses Budget erhöht, so dass nunmehr jährlich rund 345.000 Euro für Projektförderungen zur Verfügung stehen.

Prinzipien

Die steirische Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an

- Partnerschaftlichkeit: Die Projekte werden gemeinsam von steirischen Partnern und den Partnerorganisationen nach dem Prinzip der Partizipation im Entwicklungsland erarbeitet und umgesetzt.
- Hilfe zur Selbsthilfe durch „Empowerment“ – also Ermächtigung zur eigenständigen Entwicklung
- Umsetzung der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Thematische Projektbeispiele

- Ernährungssicherung/Einkommensschaffung durch Biodiversität und lokale Vermarktung
- Menschenrechte – Anwaltschaftliche Arbeit: Unterstützung der indigenen Bevölkerung Südamerikas bei der Durchsetzung ihrer Land- und Menschenrechte; Kampagnen gegen Gewalt an Frauen
- Zugang zu Bildung: Ausbildung für Kinder und Frauen
- Handwerkliche Ausbildung: Berufsschulen, Handwerkszentren etc.
- Energieversorgung: Fotovoltaik- und Solaranlagen etwa für den Betrieb von Getreidemöhlen, Milchkühlanlagen, Stromversorgung von Schulen und technischen Ausbildungszentren

=> eza.steiermark.at
=> www.fairstyria.at

FairStyria – Entwicklungszusammenarbeit Land Steiermark
A9 – Referat Europa und Außenbeziehungen
8010 Graz, Landhausgasse 7/5. Stock
Tel. +43 (316) 877-5518
E-Mail: fairstyria@stmk.gv.at – www.fairstyria.at

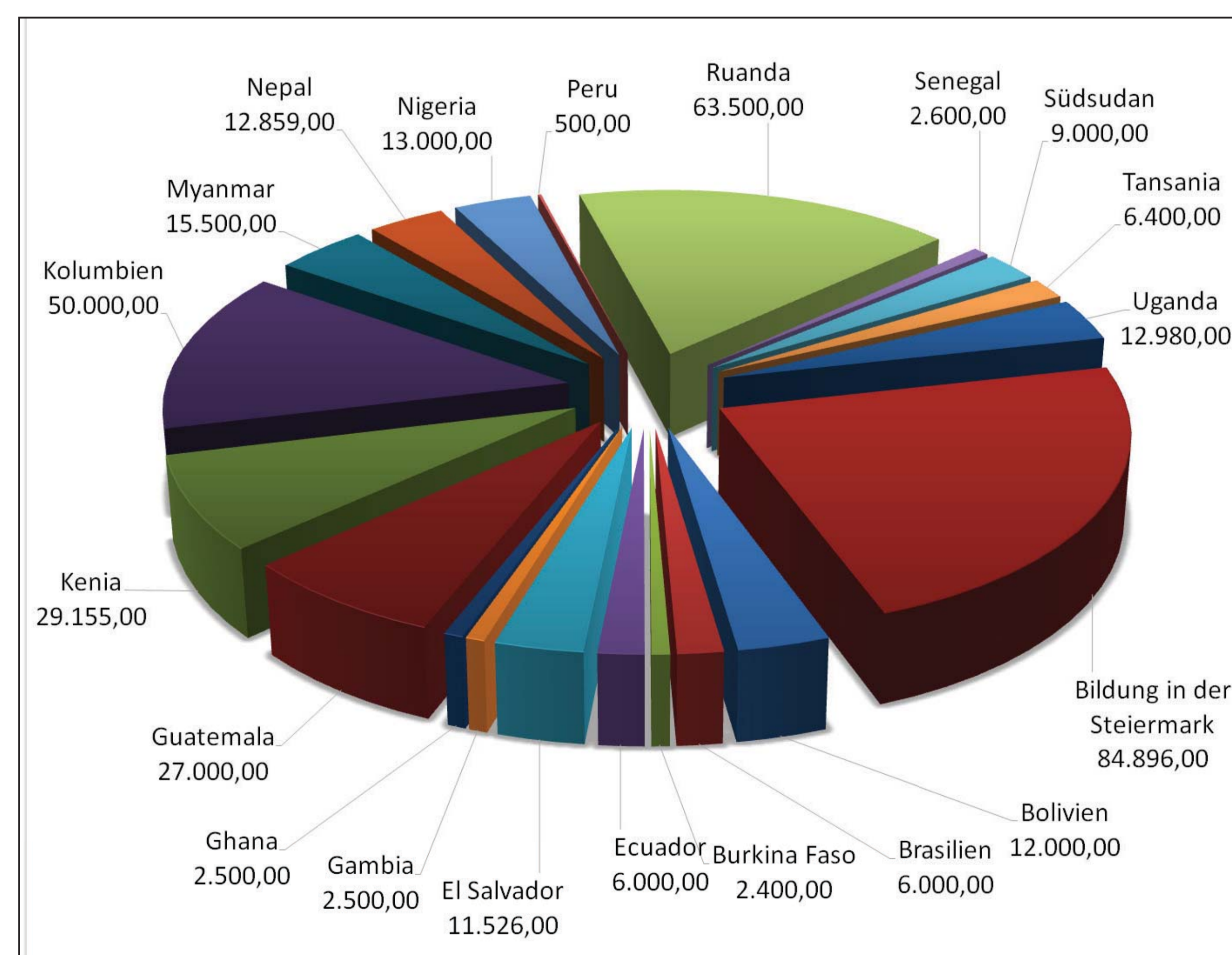
Initiative FairStyria

Zur Umsetzung des „Global Marshall-Plans für eine ökosoziale Marktwirtschaft“ wurde im Jahr 2007 die Initiative FairStyria ins Leben gerufen. Unter dieser Dachmarke werden steirische Aktivitäten zur Stärkung der globalen Verantwortung umgesetzt:



In der Landesregierung ist Barbara Eibinger-Miedl als Landesrätin für Wirtschaft, Tourismus, Europa, Wissenschaft und Forschung für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Steiermark verantwortlich.

- Der jährliche FairStyria-Tag und die Fairen Wochen Steiermark als wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung in der steirischen Bevölkerung
- Förderungen für konkrete Projekte wie z.B.
 - die Fairtrade-Gemeinden-Initiative
 - interkulturelle Begegnungen in Kindergärten und Schulen
 - Kampagnen für faire Produktionsbedingungen in Entwicklungsländern
 - Entwicklungspolitische Mediatheken



Im Jahr 2017 unterstützte das Land Steiermark 46 Entwicklungsprojekte mit € 370.316. Seit dem Beginn der EZA 1981 wurden mehr als 1.300 Projekte gefördert.



Das Land Steiermark



Die Europäische Union als „größter Geber“

In der Außenpolitik der EU nimmt die Entwicklungspolitik eine Schlüsselstellung ein. Die EU arbeitet mit 160 Ländern auf der ganzen Welt zusammen. Das vorrangige Ziel ist die nachhaltige Beseitigung der Armut. Dabei orientiert sich die EU an den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen, die im September 2015 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurden.

57,8 Prozent aller Entwicklungshilfeleistungen

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten waren 2017 mit einer Gesamtsumme von 75,7 Mrd. Euro dies entspricht einem Anteil von 57,8 Prozent – erneut der weltweit größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Der Großteil dieser Hilfe geht an Länder mit geringem Einkommen und an die am wenigsten entwickelten Länder.

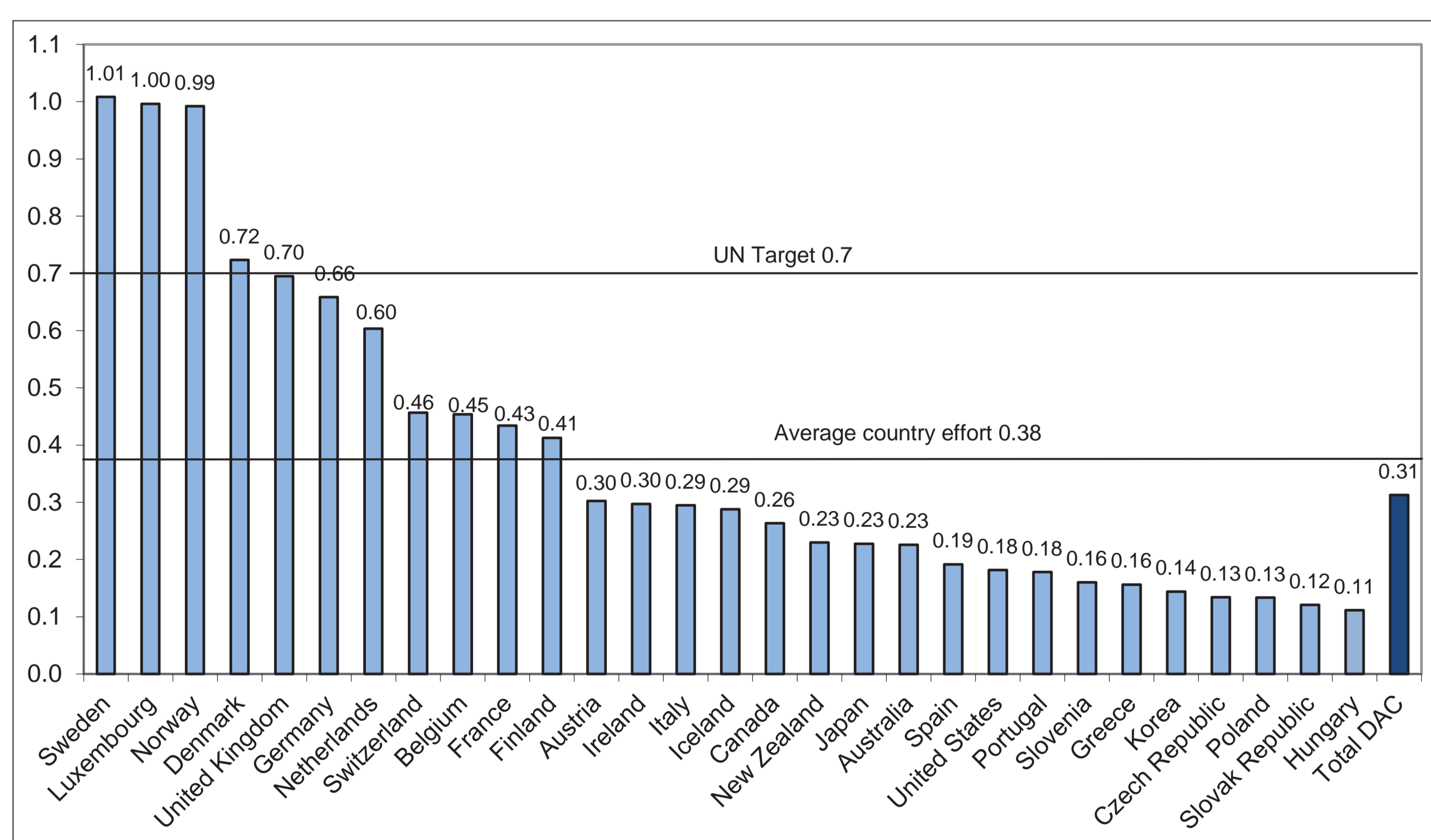
Vorrangige Ziele der EU-Entwicklungspolitik sind:

- Beseitigung von Armut und Hunger auf der Welt
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung
- Unterstützung von Demokratie, Frieden & Sicherheit



Fünf Länder erreichten im Jahr 2017 das UN-Ziel von 0,7 Prozent des BNE

ODA-Mittel netto in Prozent des Bruttonationaleinkommens



Graphik & Quelle: OECD

Europäischer Konsens zur Entwicklungspolitik

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre Entwicklungspolitik aufeinander abstimmen. Dabei geht es konkret um die „3 K“ – Koordination, Komplementarität und Kohärenz zwischen den Programmen, Maßnahmen und Projekten der staatlichen und nicht-staatlichen AkteurlInnen der Entwicklungspolitik.

Allein die 20 (der 28) EU-Mitgliedstaaten, die Mitglied des OECD-Entwicklungskomitees (Development Assistance Committee DAC) sind, leisteten 2017 insgesamt 82.7 Milliarden US-Dollar an ODA (Official Development Assistance). Dies entspricht im Durchschnitt einer Quote von 0,49 Prozent des BNE (Bruttonationaleinkommen).

Gemeinsam gegen globale Armut

Der finanzielle Rahmen 2014 - 2020 für externe Hilfe beläuft sich insgesamt auf 96,3 Milliarden Euro. Für die nächsten Jahre will die EU folgende Schwerpunkte setzen:

- Globale Gesundheit
- Ausbildung
- Gender-Gleichheit
- Produktive Arbeit & Beschäftigung



=> ec.europa.eu/europeaid



Das Land
Steiermark



Förderungen der Europäischen Union

Die EU bedient sich verschiedener Förderungsinstrumente, um die gesteckten Ziele zu erreichen:

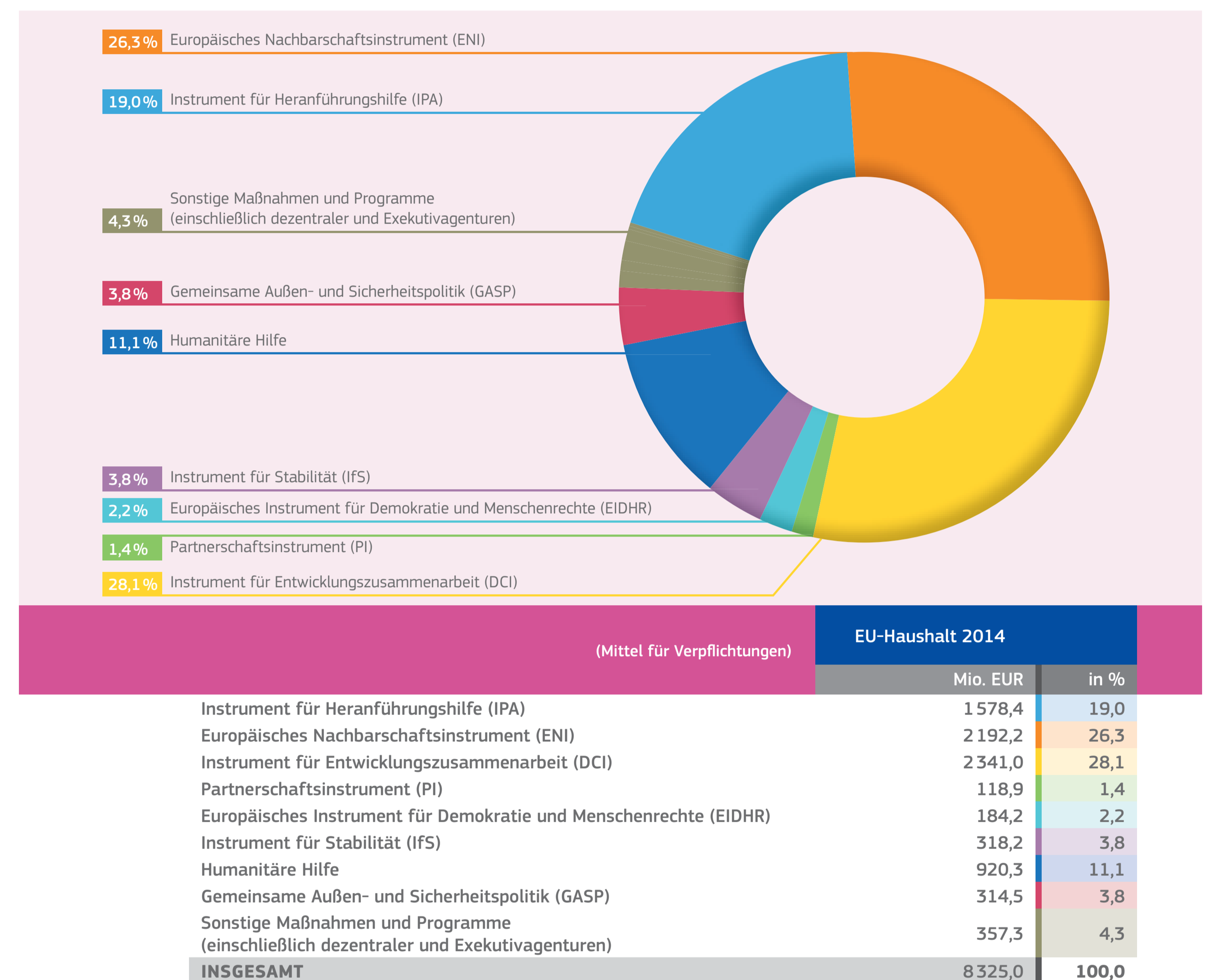
→ Geografische Programme

dienen vor allem zur Unterstützung der bilateralen und regionalen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

→ Thematische Programme

werden zusammengefasst, sodass mehr Flexibilität gegeben ist, um auf globale Herausforderungen rasch zu reagieren

Europa und die Welt



Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bezweckt mit ihrem Instrument (ENI) die Stärkung der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten durch nachbarschaftlichen Dialog und Zusammenarbeit entlang der EU-Außengrenzen.

Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) ist das wichtigste und älteste Finanzierungsinstrument der Entwicklungszusammenarbeit. Er wird nicht aus dem EU-Haushalt sondern direkt über vereinbarte Beiträge der EU-Mitgliedsstaaten finanziert, dient der Förderung langfristiger Programme in den Bereichen ländliche Entwicklung, wirtschaftliche Infrastruktur und Industrialisierung.

Das Instrument zur Entwicklungskooperation (DCI) ist für die Armutsbekämpfung, Schaffung von nachhaltig demokratischen Strukturen, Förderung verantwortungsvoller Staatsführung sowie für die Achtung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit zuständig.

Das Partnerschaftsinstrument (PI) soll die globalen Interessen der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit Partnerländern zum beiderseitigen Vorteil fördern und der Strategie Europa 2020 eine globale Dimension verleihen. Es zielt – wie zuvor das Finanzierungsinstrument für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern – darauf ab, durch eine effiziente und flexible Zusammenarbeit die anstehenden globalen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Das Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) bietet eine Unterstützung für die Entwicklung dynamischer Zivilgesellschaften sowie für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

Das Instrument für Stabilität (IFS) ermöglicht den wachsenden Herausforderungen des internationalen Umfelds besser gerecht zu werden, schnellstmögliche Reaktion auf Krisensituationen (einschließlich Naturkatastrophen).

=> europa.eu/europeaid



Das Land
Steiermark